

# RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN

*Was sagt die Wissenschaft?*





Erste Auflage 2025

KATAPULT-Verlag Greifswald  
© Katapult-Verlag GmbH 2025  
Wilhelm-Holtz-Straße 9  
17489 Greifswald

www.katapult-verlag.de  
verlag@katapult-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

**Redaktion/Dokumentation**

Anna Hansen, Öykü Baskaya, Stefanie Malleier, Ella Daum, Alexander Fürniß

**Lektorat** Philipp Bauer

**Layout** Benjamin Fredrich

**Coverillustration** Andrea Köster (La Questi)

**Gesetzt aus** Oswald, Neue Bebas Pro, Arno Pro

**Druck und Bindung** Print Best, Estland

**Papier** Lessebo Balder Recyclingpapier

ISBN 978-3-68972-005-6

 **KATAPULT**





# **RECHTSEXTREMISMUS** **BEKÄMPFEN**

*Was sagt die Wissenschaft?*

## Öffentliche Investitionen können populistische Parteien schwächen

Albanese, Giuseppe; Barone, Guglielmo; De Blasio, Guido:  
Populist voting and losers' discontent: Does redistribution  
matter?, in: European Economic Review 141 (2022).

Eine Studie der Ökonomen Giuseppe Albanese, Guglielmo Barone und Guido de Blasio zeigt, dass EU-Finanzhilfen die Stimmanteile populistischer Parteien reduzieren können. Betrachtet wurden die italienischen Parlamentswahlen 2013, wobei geförderte mit nichtgeförderten Regionen verglichen wurden. Die Forscher fanden heraus, dass Gemeinden, die aus dem EU-Kohäsionsfonds unterstützt wurden, seltener populistisch wählten. Konkret führte eine zusätzliche Förderung in Höhe von 0,7 Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts zu einem Rückgang des Stimmenanteils von Populisten um etwa neun Prozent.

Die Ergebnisse zeigen, dass EU-Gelder zwar populistische Tendenzen dämpfen, aber nicht zu einer generell positiveren Einstellung gegenüber der EU führen. Dies deutet darauf hin, dass die Mittel vor allem dazu beitragen, die wirtschaftlichen Nachteile der betroffenen Regionen abzufedern, anstatt eine stärkere proeuropäische Haltung zu fördern. Interessanterweise hatte die finanzielle Unterstützung keinen Einfluss auf die Wahlergebnisse nichtpopulistischer Parteien – der Effekt beschränkte sich ausschließlich auf den Rückgang der Stimmen für Populisten.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Untersuchung ist, dass die Wirkung der Fördermittel unabhängig davon war, wie das Geld vor Ort verwendet wurde – sei es für öffentliche Infrastruktur, Unterstützung für Haushalte und Unternehmen oder laufende Ausgaben der lokalen Verwaltung. Dies unterstreicht, dass die bloße Bereitstellung finanzieller Ressourcen zur wirtschaftlichen Stabilisierung beiträgt und populistische Wahlergebnisse verringert. Die Autoren betonen, dass eine gezielte wirtschaftliche Förderung strukturschwacher Regionen eine sinnvolle Strategie darstellt, um gesellschaftliche Spannungen und politische Polarisierung zu reduzieren.

## EU-Gelder für strukturschwache Regionen reduzieren Wahlergebnis von Rechtspopulisten

Gold, Robert; Lehr, Jakob: Paying off populism: EU-Regionalpolitik verringert Unterstützung populistischer Parteien, Kiel Policy Brief Nr. 172 (2024).

Zu diesem Ergebnis kommen Robert Gold und Jakob Lehr vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Die Ökonomen haben untersucht, ob die Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen durch die EU einen Einfluss auf die Wahlergebnisse populistischer Parteien bei Europawahlen hat. Dazu analysierten sie Daten aus 27 EU-Ländern von 1999 bis 2019 und verglichen möglichst ähnliche Regionen miteinander.

Im Laufe der Untersuchung bekam eine unterstützte Region im Durchschnitt etwa 1,4 Milliarden Euro von der Europäischen Union. Das waren ungefähr 530 Euro pro Person. Diese Mittel reduzierten den Forschern zufolge die Stimmenanteile von Rechtspopulisten um zwei bis drei Prozentpunkte. 100 Euro pro Einwohner in den geförderten Regionen senken somit das Ergebnis rechtspopulistischer Parteien um etwa 0,5 Prozentpunkte. Linkspopulistische Parteien werden hingegen nicht beeinflusst.

Die zusätzliche Auswertung von Umfragedaten des *Eurobarometers* brachte weitere Erkenntnisse: Sie zeigte nämlich, dass die Menschen in den geförderten Regionen insgesamt positiver gegenüber der EU eingestellt sind, obwohl ihre Erwartungen an die wirtschaftliche Zukunft sich nicht wesentlich von denen der Menschen in nichtgeförderten Regionen unterscheiden. Oder anders ausgedrückt: Dass die Unterstützung für Rechtspopulisten durch die Förderung zurückgegangen ist, hat also weniger mit wirtschaftlichen Erwägungen der Wähler zu tun, sondern könnte daran liegen, dass die Gelder das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen sowie die Zustimmung zur Demokratie gestärkt haben.

## Wenn Ärmere immer weniger verdienen, gewinnen rechtsradikale Parteien – Umverteilung könnte helfen

Proaño, Christian; Peña, Juan C.; Saalfeld, Thomas: Inequality, macroeconomic performance and political polarization: a panel analysis of 20 advanced democracies, in: Review of Social Economy 82(3) (2024), S. 396-429.

Die Wirtschaftswissenschaftler Christian Proaño und Juan Peña sowie der Politikwissenschaftler Thomas Saalfeld zeigen in ihrer Analyse, dass soziale Ungleichheit eine zentrale Rolle bei der Schwächung der Mitte und der Stärkung rechtsradikaler Parteien spielt. Dazu werteten sie Daten von 291 Parlamentswahlen in 20 Industrieländern zwischen 1970 und 2016 aus. Sie untersuchten, welche Faktoren den Erfolg radikaler Parteien beeinflussten und berücksichtigten dabei Aspekte wie Einkommensungleichheit, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Globalisierung.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass vor allem hohe Arbeitslosigkeit und geringes Wirtschaftswachstum die radikale Linke begünstigten. Ängste vor Arbeitsplatzverlust oder Zuwanderung durch die Globalisierung kamen diesen Parteien ebenfalls zugute. Höhere Staatsausgaben hingegen begünstigten Parteien der politischen Mitte. Bei der Einkommensungleichheit zeigen die Forscher einen wichtigen Wandel über die Jahre.

Zwischen 1970 und 2000 hatten ungleiche Einkommen innerhalb der Bevölkerung keinen nennenswerten Einfluss auf die Wahlergebnisse. Ab 2000 hingegen stärkte eine wachsende Ungleichheit vor allem rechtsradikale Parteien. Besonders auffällig ist es beim Blick auf die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung. Sank ihr Anteil am Gesamteinkommen, ging dies mit einer größeren Unterstützung rechter Parteien einher.

Die Forscher betonen, dass die wachsende Ungleichheit kein unabwendbares Phänomen sein muss, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen ist. Der Aufstieg von Rechtsaußenparteien könne daher als eine Art hausgemachtes Problem betrachtet werden. Eine Politik, die auf eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands und auf mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt, könnte dazu beitragen, die zunehmende Kluft zwischen den politischen Lagern zu verringern.